

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung  
Donnerstag, 11. November 2010

## Vom traurigen Ende einer Preisverleihung

Von Karin Schlottmann

### **Nach dem Eklat bei der Vergabe des Förderpreises für Demokratie ist die Zukunft der Auszeichnung nun ungewiss.**

Eine gewisse Wehmut sei schon zu spüren, sagt Lutz Richter. Das Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro hätte der Verein „Alternatives Kultur- und Bildungszentrum“ (Akubiz) in Pirna gut gebrauchen können. Der Vereinsbus ist kaputt, und der Anti-Nazi-Comic „Jetzt reicht's in Sachs'nitz“ hätte neuaufgelegt werden können. Doch der Verein hat den Förderpreis für Demokratie am Dienstag abgelehnt und damit für einen Eklat bei der Preisverleihung in der Frauenkirche gesorgt. Letzten Endes sei die Diskussion darüber, inwieweit sich die Politik in die Arbeit von Vereinen einmischen dürfe, genauso wichtig, sagt Richter. Und diese Diskussion ist jetzt voll im Gange.

Es geht um die sogenannte Extremismusklausel, die die zehn nominierten Preisträger in letzter Minute unterschreiben sollten. Diese Initiativen, die sich seit Jahren auf unterschiedliche Weise gegen Rechtsextremismus engagieren, sollten sich darin nicht nur schriftlich zum Grundgesetz bekennen. Darüber hinaus verlangt das Innenministerium von den überwiegend ehrenamtlich Tätigen, für die Verfassungstreue aller Kooperationspartner und Referenten „in eigener Verantwortung“ zu haften und dafür Sorge zu tragen, dass diese sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.

„Ich habe kein Problem mit dem Grundgesetz“, sagt Lutz Richter, Mitglied bei Akubiz. Aber er befürchte, das Preisgeld irgendwann zurückzahlen zu müssen, wenn zum Beispiel Vereinsmitglieder am 13. Februar in Dresden an Blockaden von Neonazi-Aufmärsche teilnehmen. Was sich das Innenministerium von der schwammigen Erklärung versprochen hat, blieb gestern unklar. Vorausgegangen war dieser Idee ein interner Streit in der Jury, in der die Landesregierung durch Innenstaatssekretär Michael Wilhelm vertreten wird. Nachdem sich die Jury auf den Pirnaer Verein als Gewinner geeinigt hatte, habe Wilhelm Bedenken angemeldet. Seine Bitte, die Entscheidung noch einmal zu überprüfen, sei kategorisch abgelehnt worden, schildert Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz den Konflikt, der sich hinter den Kulissen abgespielt hat.

### **Drohung mit Rückzug**

Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu-Antoni-Stiftung, sagt, sie habe damit gedroht, sich aus der Jury zurückzuziehen, weil sie das Verhalten des Innenministeriums als politische Einmischung bewerte. Daraufhin habe das Ministerium seine erneute Zustimmung erteilt und zugleich die „Extremismusklausel“ zur Bedingung erhoben. Die umstrittene Erklärung habe sie unterschreiben lassen müssen – was einige der Aktivisten ihr im Nachhinein sehr übel nehmen, sagt Kahane. Es tue ihr leid, dass sie sich vom Ministerium habe instrumentalisiert lassen.

Der Dresdner Verein Bürgercourage hatte am Dienstag den ebenfalls mit 10.000 Euro dotierten Sonderpreis von Ministerpräsident Stanislaw Tillich angenommen. Vereinsvorsitzender Christian Demuth freut sich über die Bestätigung für fünf Jahre ehrenamtliche Arbeit, kritisiert aber ebenso die Klausel. Es stehe für den Verein völlig außer Frage, auf dem Boden des Grundgesetzes zu arbeiten. Das Misstrauen der Regierung sei nicht angebracht.

Ob der Preis noch eine Zukunft hat, wollte gestern keine der beteiligten vier Stiftungen entscheiden. Regierungssprecher Cohausz hält Demokratieförderung nach wie vor für wichtig, fordert aber eine Stellungnahme von den Stiftungen, welche Zielrichtung der Preis in Zukunft habe. „Darüber sollte nachgedacht werden.“

---

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2610937>

---